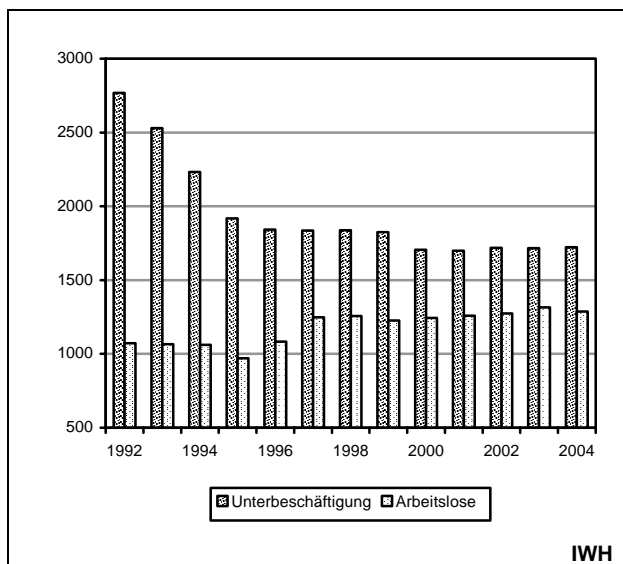


terbeschäftigung und hat keinen Einfluss auf die Höhe der Unterbeschäftigung insgesamt.

Abbildung:

Unterbeschäftigung und registrierte Arbeitslosigkeit von 1992 bis 2004 in Ostdeutschland (ohne Berlin) - 1 000 Personen -



Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2004: Prognose des IWH.

### Unterbeschäftigung auf unverändert hohem Niveau

Die Zahl der Unterbeschäftigten wird im Jahr 2004 ca. 1,7 Mio. Personen betragen. Damit verharrt sie seit dem Jahr 2000 auf einem fast unverändert hohen Niveau (vgl. Abbildung). Innerhalb der Unterbeschäftigung vollzogen sich jedoch strukturelle Verschiebungen: Während die Anwendung der traditionellen Instrumente wie Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen und berufliche Weiterbildung deutlich zurückgingen, nahm insbesondere die Zahl der Vorrüheständler erheblich zu.

Der starke Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen hat nach wie vor Einfluss auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt: Infolge der demographischen Entwicklung und der Wanderungsverluste wird in diesem Jahr die Erwerbsfähigenzahl nochmals um 40 000 Personen abnehmen. Hinzu kommt, dass die Zahl der Personen, die sich aufgrund des mangelnden Arbeitsplatzangebots resigniert vom Arbeitsmarkt zurückziehen, zunimmt. Dies führt zu einem weiteren Aufbau der Stillen Reserve.

Alles in allem dürfte eine leichte Besserung am Arbeitsmarkt frühestens im Jahr 2005 zu erwarten sein.

Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de

## Zur Lage auf dem Lehrstellenmarkt in Ost- und Westdeutschland

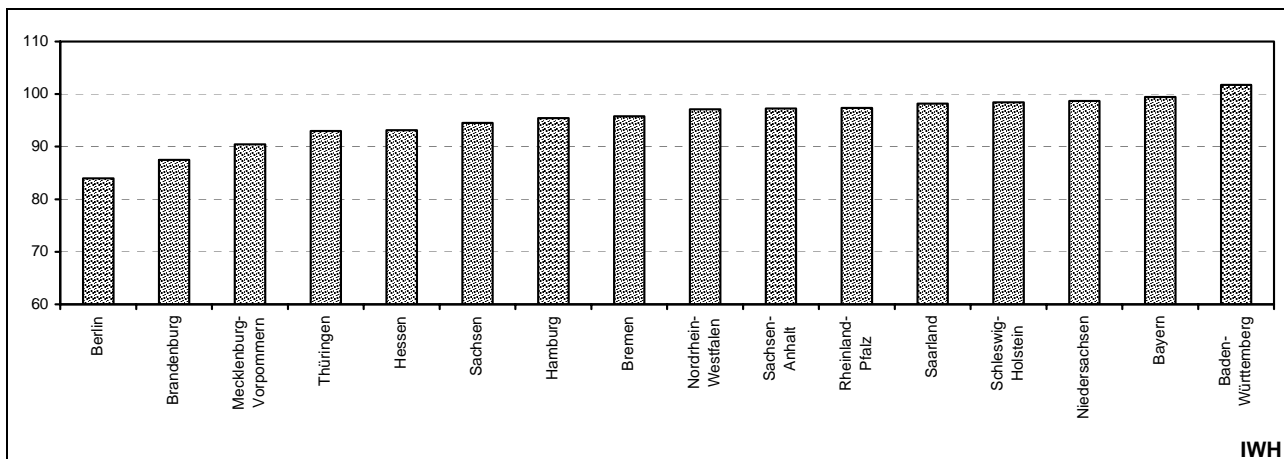
Seit einigen Jahren ist die Lage auf dem Ausbildungsmarkt sehr angespannt. Insbesondere in den neuen Bundesländern ist die Nachfrage nach Lehrstellen regelmäßig höher als das Angebot. In der Vergangenheit konnte dieser regionale Mangel an Ausbildungsplätzen zu einem großen Teil durch den Angebotsüberschuss in den alten Bundesländern und die Mobilität der Auszubildenden aufgefangen werden. Im Ausbildungsjahr 2003/2004 entstand auch in den alten Bundesländern ein Nachfrageüberschuss, sodass sich die Lage im gesamten Bundesgebiet verschärfte.

Vor diesem Hintergrund fordern Vertreter verschiedener politischer Institutionen eine Ausbildungsplatzumlage von Betrieben, die keine oder zu wenig Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Der vorliegende Beitrag dokumentiert die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt in den letzten

Jahren und diskutiert die potenziellen Folgen einer Ausbildungsplatzumlage. Die Analyse legt nahe, dass das unzureichende Angebot an Ausbildungsplätzen vornehmlich auf strukturelle Probleme in den neuen Bundesländern und die verhaltene wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre zurückzuführen ist. Auf der Nachfrageseite ist ab 2007 aufgrund der demographischen Entwicklung mit einer deutlichen Entspannung zu rechnen. Die Erhebung einer Ausbildungsplatzumlage ist kein geeignetes Mittel zur Lösung der Probleme auf dem Ausbildungsmarkt. Neben dem mit der Erhebung der Umlage verbundenen Verwaltungsaufwand könnten Mitnahmeeffekte und die Bemühung der Unternehmen, eine Ausbildungsberechtigung zu umgehen, zu den unerwünschten Folgen einer Ausbildungsplatzumlage zählen.

Abbildung 1:  
Angebots-Nachfrage-Relation 2003 nach Bundesländern<sup>a</sup>  
- in % -



<sup>a</sup> Zur Berechnung der Angebots-Nachfrage-Relation wird das von der Bundesagentur für Arbeit ermittelte Gesamtangebot an Ausbildungsplätzen zu Grunde gelegt. Da dieses neben den betrieblichen auch die außerbetrieblichen Ausbildungsplätze umfasst, ist das Ergebnis verzerrt und überschätzt die Angebots-Nachfrage-Relation insbesondere in den neuen Bundesländern. Tabelle 1 zeigt die prozentualen Anteile der außerbetrieblichen an der Gesamtanzahl der Ausbildungsplätze für das Jahr 2002.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB).

Das duale Ausbildungssystem bildet neben der Ausbildung an Universitäten und Fachhochschulen die Basis für die berufliche Bildung in Deutschland. Ein qualifizierter Abschluss wirkt sich aus individueller Sicht positiv auf die späteren Beschäftigungsaussichten der Arbeitnehmer aus und vermindert das Risiko der Arbeitslosigkeit. Gesellschaftlich belegen internationale Studien einen positiven Einfluss des Bildungsniveaus auf das Pro-Kopf-Einkommen, die Innovationsfähigkeit und die Fähigkeit einer Volkswirtschaft, neue Technologien zu adaptieren.<sup>24</sup>

Seit den 1990er Jahren ist das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen oft geringer als die Nachfrage. Dies betrifft insbesondere die neuen Bundesländer. Um das Ziel der Bundesregierung, jedem Lehrstellenbewerber einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen zu können, zu erreichen, wird momentan die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage diskutiert. Diese soll von Unternehmen gezahlt werden, die nicht oder nur unzureichend ausbilden. Befürworter der Umlage beklagen den Rückzug der Unternehmen aus der gesellschaftlichen Verantwortung, ihre zukünftigen

Mitarbeiter adäquat auszubilden. Die Gegner der Umlage führen an, dass die Unternehmen schon jetzt oft über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden.

#### *Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt 1992 bis 2003*

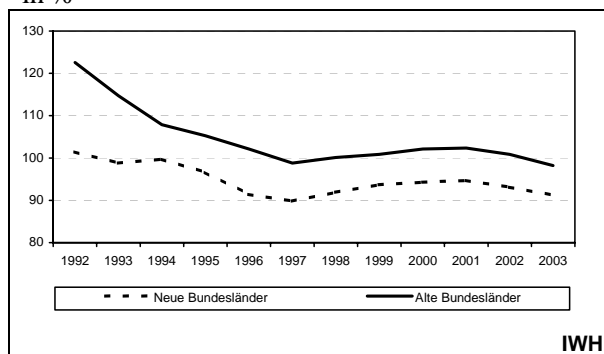
Im vergangenen Jahr verringerte sich das Angebot an Ausbildungsplätzen, definiert als Summe der abgeschlossenen Ausbildungsverträge und den nicht besetzten Ausbildungsstellen, von 590 328 im Jahre 2002 auf derzeit 574 926 Lehrstellen. Die Nachfrage, als Summe der abgeschlossenen Ausbildungsverträge und den noch nicht vermittelten Bewerbern, fiel mit 595 101 dagegen etwa so hoch aus wie im Vorjahr (2002: 595 706).<sup>25</sup> Damit kamen zu Beginn des Ausbildungsjahres 2003/2004 auf 100 Ausbildungsplatzsuchende nur 96,6 Angebote. Gegenüber dem Vorjahr verschlechterte sich die Angebots-Nachfrage-Relation bundesweit um 2,5 Prozentpunkte. Auf Länderebene ist festzustellen, dass das Verhältnis von Angebot und Nachfrage in den einzelnen Bundesländern sehr heterogen ist und einzig Baden-Württemberg eine Angebots-Nachfrage-Relation von über 100 erreichen konnte (siehe Abbildung 1).

<sup>24</sup> Vgl. De LA FUENTE A.; CICCONE A.: Human Capital in a Global and Knowledge-based Economy, European Commission. Employment and Social Affairs. May 2002, [http://europa.eu.int/comm/employment\\_social/publications/2003/ke4602775\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/employment_social/publications/2003/ke4602775_en.pdf)

<sup>25</sup> Daten der Bundesagentur für Arbeit: Diese umfassen nur die beim Arbeitsamt gemeldeten Bewerber und Ausbildungsplätze. Es ist davon auszugehen, dass weder die Nachfrage noch das Angebot von Ausbildungsplätzen vollständig erfasst sind.

In Abbildung 2 wird deutlich, dass die Anzahl der angebotenen Ausbildungsplätze in den alten Bundesländern bislang meist deutlich über der Anzahl der nachgefragten Ausbildungsplätze lag, während dieses Verhältnis in den neuen Bundesländern umgekehrt war.

Abbildung 2:  
Angebots-Nachfrage-Relation auf dem Ausbildungsmarkt  
- in % -



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Die Kurven für die Angebots-Nachfrage-Relation beginnen auf unterschiedlichen Niveaus, weisen aber einen ähnlichen zeitlichen Verlauf auf. Das lässt auf konjunkturelle und strukturelle Einflüsse bei der Entwicklung der Angebots-Nachfrage-Relation schließen. Die strukturellen Unterschiede resultieren zum einen aus der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung und sind ein Spiegelbild des gesamten Arbeitsmarktes in der Region. So sind die Arbeitslosenquoten in Ostdeutschland seit 1992 um ca. 10 Prozentpunkte höher als die westdeutschen Werte und die Unterbeschäftigung liegt seit 1998 bei ca. 25 Prozent des Erwerbspersonenpotenzials. Zudem gehören rund 80% der in Ostdeutschland ansässigen Betriebe zu den Kleinbetrieben mit bis zu 9 Beschäftigten.<sup>26</sup> Diese bilden oft nur in mehrjährigem Abstand aus und sind zu einem großen Teil gar nicht ausbildungsberechtigt. Ein Ausdruck für die strukturellen Probleme in den neuen Bundesländern ist der hohe Anteil der Jugendlichen in außerbetrieblichen Ausbildungen an der Gesamtanzahl der Auszubildenden. Wie Ta-

<sup>26</sup> Vgl. SÖSTRA: IAB-Betriebspanel-Ost, Ergebnisse der siebten Welle des IAB-Betriebspanels-Ost 2002, Berlin, Februar 2003.

Tabelle 1:  
Anteil der Jugendlichen in außerbetrieblichen Ausbildungen an der Gesamtanzahl der Auszubildenden zum 31.12.2002

Bundesland	in %
Baden-Württemberg	3,7
Bayern	2,2
Bremen	6,6
Hamburg	6,0
Hessen	5,1
Niedersachsen	4,8
Nordrhein-Westfalen	3,6
Rheinland-Pfalz	4,1
Saarland	4,6
Schleswig-Holstein	4,3
Berlin	22,1
Brandenburg	34,1
Mecklenburg-Vorpommern	30,4
Sachsen	26,9
Sachsen-Anhalt	28,8
Thüringen	22,8

Quelle: BIBB.

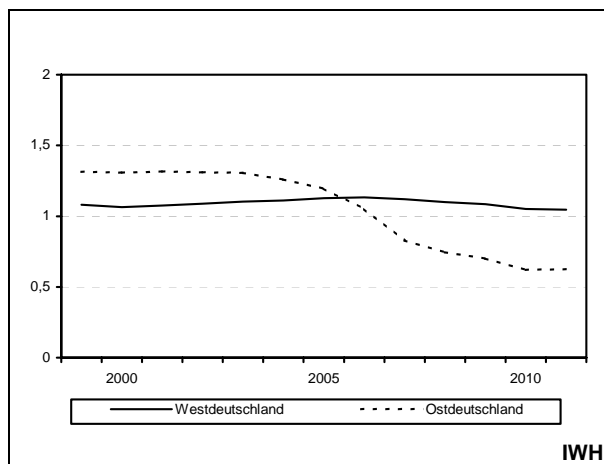
belle 1 zeigt, variiert dieser in den neuen Bundesländern zwischen 22,1% und 34,1%, während er in den alten Bundesländern nur Werte zwischen 2,2% und 6,6% annimmt.

Zum anderen ist das Ungleichgewicht in Ostdeutschland auch demografisch bedingt. Abbildung 3 zeigt den Anteil der Schulabgänger an der Gesamtbevölkerung als Indikator für die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen des jeweiligen Jahres. Dieser ist in Ostdeutschland in Folge der höheren Geburtenraten in den 1980er Jahren deutlich höher als in Westdeutschland. Allerdings sinkt der Anteil der Schulabgänger an der Gesamtbevölkerung in Ostdeutschland bereits und wird nach Prognosen des IWH im Jahre 2006 erstmals unter dem westdeutschen Wert liegen. Somit zeichnet sich zukünftig ein deutlicher Rückgang der Nachfrage auf dem ostdeutschen Ausbildungsmarkt ab.

Den konjunkturellen Einfluss auf das Angebot an Ausbildungsplätzen illustriert Abbildung 4. Für die Jahre 1993 bis 2002 entwickeln sich die Wachstumsraten des BIP und die des Ausbildungsplatzangebotes relativ gleichläufig, wenngleich letztere volatiler ist. Dies lässt darauf schließen, dass das Lehrstellenangebot entscheidend durch die Ge-

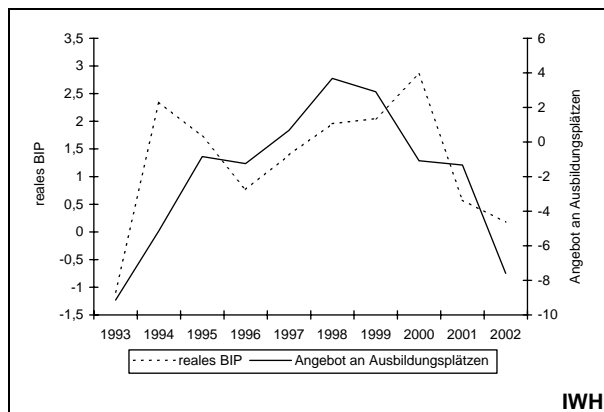
schäftslage der Unternehmen bestimmt wird. In diesem Sinne dürfte der derzeitige Lehrstellenmangel eher eine Folge der verhaltenen wirtschaftlichen Entwicklung als ein Indiz für einen generellen Rückzug der Unternehmen aus der betrieblichen Ausbildung sein.

Abbildung 3:  
Anteil der Schulabgänger an der Gesamtbevölkerung  
- in % -



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Abbildung 4:  
Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts  
(reales BIP) und des Ausbildungsplatzangebotes (AA)  
- in % -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Eine weitere Ursache für die hohe Zahl nicht vermittelter Lehrstellenbewerber könnte neben dem Nachfrageüberhang ein Mismatch sein, der entweder regional oder qualifikatorisch bedingt ist. In Tabelle 2 wird die Differenz aus dem Bestand an unbesetzten Berufsausbildungsstellen und der Anzahl unvermittelter Bewerber nach Berufsgrup-

pen und Regionen für zwei Ausbildungsjahre dargestellt. Im Jahr 1999/2000 war das Wachstum des realen BIP relativ hoch, während es im Jahr 2002/2003 vergleichsweise gering ausfiel (vgl. Abbildung 4). Es wird deutlich, dass es – abgesehen vom Druckereigewerbe, in dem die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen regelmäßig höher als das Angebot ist – keinen systematischen qualifikatorischen Mismatch gibt. Es bestätigen sich die Implikationen aus Abbildung 4, dass eine gedämpfte wirtschaftliche Lage einen stark negativen Einfluss auf das Lehrstellenangebot hat.

In Westdeutschland war die Differenz zwischen der Anzahl der unbesetzten Ausbildungsstellen und den noch nicht vermittelten Bewerbern der Berufsgruppe im Ausbildungsjahr 1999/2000 fast durchgängig positiv, während sich das Verhältnis im Jahre 2002/2003 umkehrte. In den neuen Bundesländern war der Saldo immer negativ, verstärkte sich aber von 2000 auf 2003. Damit scheinen sich die Strukturprobleme in den neuen Bundesländern und die konjunkturelle Entwicklung als Auslöser für die Probleme auf dem Ausbildungsmarkt zu bestätigen.

Allerdings offenbart sich ein regionales Ungleichgewicht, da zumindest im Ausbildungsjahr 2000 die Möglichkeit bestand, den Nachfrageüberhang in einer Reihe von Berufsgruppen in den neuen Bundesländern durch den Angebotsüberhang in den alten Bundesländern auszugleichen.

### Die zukünftige Entwicklung der Nachfrage

Nach Berechnungen des IWH wird die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im Bundesgebiet ab 2007 demografisch bedingt kontinuierlich fallen (siehe Abbildung 3). In den neuen Bundesländern ist ein leichter Rückgang der Nachfrage bereits jetzt zu verzeichnen. Ab 2005 wird sich dieser Rückgang verstärken, da dann die geburtenschwachen Jahrgänge nach 1990 die Schulen verlassen. In den alten Bundesländern wird die Zahl der Schulabgänger und somit auch die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen noch bis 2007 steigen. Da die Zahlen der alten Bundesländer aufgrund des größeren Bevölkerungsanteils stärker ins Gewicht fallen, ist im gesamten Bundesgebiet in den nächsten drei Jahren mit einer steigenden Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu rechnen. Danach wird die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen sinken.

Tabelle 2:

Differenz aus dem Bestand an unbesetzten Berufsausbildungsstellen und der Anzahl unvermittelter Bewerber nach Berufsgruppen und Regionen

Berufsgruppe	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	1999/2000	2002/2003	1999/2000	2002/2003
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	-333	-497	265	-271
Bergleute, Mineralgewinner		-1	5	1
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	-17	-2	90	40
Keramiker, Glasmacher	-7	-7	35	4
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	-10	-18	106	-12
Papierhersteller, -verarbeiter	-2	-9	52	1
Drucker	-166	-247	-315	-345
Holzaufbereiter und verwandte Berufe	-7	1	89	37
Metallberufe	-899	-1 422	1 525	-1 328
Elektriker	-292	-476	402	-542
Textil-, Bekleidungs-, Lederberufe	-39	-49	143	-32
Ernährungsberufe	-576	-878	2 927	717
Bau- und Baunebenberufe einschließlich Tischler	-1 395	-1 219	1 737	-264
Warenprüfer, Versandfertigmacher, Maschinisten	-52	-129	33	-112
Technische Berufe	-108	-73	67	-119
Waren- und Dienstleistungskaufleute	-1 771	-2 719	1 518	-2 638
Verkehrsberufe	-83	-175	142	-192
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	-1 172	-1 512	-317	-2 272
Sicherheitsberufe, Künstlerische Berufe, Gesundheitsdienst-, Sozial- und Erziehungsberechtigte	-630	-1 074	190	-1 023
Körperpfleger, Gästebetreuer, Hauswirtschaftliche Berufe, Reinigungsberufe	-939	-1 396	1 852	77
Insgesamt	-8 498	-11 902	10 546	-8 273

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

### **Die Ausbildungsplatzumlage**

Vor dem Hintergrund fehlender Ausbildungsplätze in Deutschland fordern Vertreter verschiedener politischer Institutionen eine Ausbildungsplatzumlage von Betrieben, die keine oder zu wenig Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Nach Plänen der Bundesregierung soll ein entsprechender Gesetzentwurf Ende Februar/Anfang März 2004 beschlossen werden. Demnach soll die Ausbildungsabgabe von Betrieben, die nicht oder unzureichend ausbilden, in einen Fonds eingezahlt werden. Einzelheiten zur Höhe und Verwendung der Abgabe wurden noch nicht konkretisiert. Die Eckpunkte der Gesetzesinitiative werden im Kasten aufgeführt.

### **Theoretische Überlegungen zur Ausbildungsplatzumlage**

Die Ankündigung einer Ausbildungsplatzumlage soll Anreize für bisher nicht oder nur unzureichend ausbildende Betriebe setzen, bereits vor dem Stichtag mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Kommt es trotzdem zu einem Nachfrageüberhang, wird die Abgabe erhoben und für die finanzielle Entlastung ausbildungswilliger Betriebe von den zusätzlich entstehenden Kosten eingesetzt. Ziel beider Maßnahmen ist ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt. Ob auf diese Weise ein Gleichgewicht erreicht werden kann, ist jedoch fraglich.

Wird die Androhung einer Ausbildungsplatzumlage das Angebot an Ausbildungsplätzen bereits

Kasten:

### Eckpunkte für die Gesetzesinitiative zur Ausbildungsplatzumlage

- Es wird ein zentraler Fonds auf Bundesebene eingerichtet: Dieser Fonds hat die Aufgabe, zusätzliche vorrangig betriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen.
- Der Fonds wird auf Basis einer gesetzlichen Umlage durch Unternehmen finanziert, die nicht oder nur unzureichend ausbilden.
- Freiwillige Lösungen haben Vorrang.
- Branchen oder Betriebe, für die vergleichbare rechtsverbindliche Vereinbarungen bestehen, werden von der Umlage ausgenommen.
- Die Erhebung der Umlage wird an ein gesetzlich festgelegtes stichtagsbezogenes Auslösekriterium gekoppelt (Stichtag ist der 30. September des jeweiligen Jahres).
- Tritt das Auslösekriterium ein, wird entsprechend dem zusätzlichen Ausbildungsplatzbedarf die erforderliche Gesamtumlagesumme festgestellt. Dazu werden die durchschnittlichen jährlichen Kosten pro Ausbildungsplatz festgestellt.
- Maß für eine ausreichende Ausbildungsleistung wird ein bestimmter Wert der Ausbildungsquote (Relation zwischen Beschäftigten und Auszubildenden) sein. Die erforderliche Quote wird jährlich neu bestimmt.
- Unternehmen, deren Ausbildungsleistung nach dem 30.09. des jeweiligen Jahres über die erforderliche Quote hinaus angehoben wird, erhalten aus dem Fonds eine finanzielle Entlastung. Darüber hinaus werden Mittel zur Schaffung weiterer zusätzlicher Ausbildungsplätze (z. B. Ausbildungsverbänden) verwandt.

Quelle: SPD-Bundestagsfraktion, 11.11.2003 „Eckpunkte Ausbildungsfinanzierung“.

vor dem Stichtag erhöhen? Die Unternehmen werden zunächst ihren ohnehin bestehenden Bedarf an Auszubildenden decken. Eine Einstellung darüber hinaus wird von der Höhe der Umlage abhängen. Diese müsste mindestens so hoch sein wie der Betrag, um den der Gegenwartswert der zukünftig erwarteten Kosten des Auszubildenden den Gegenwartswert der zukünftig erwarteten Erträge übersteigt. Im Folgenden wird dieser Betrag als *Nettobelastung* bezeichnet. Andernfalls werden die Un-

ternehmen eher die Umlage zahlen als einen Auszubildenden einzustellen. Ist diese Bedingung erfüllt, kann der Betrieb aber auch die Erhebung der Umlage abwarten und sich erst dann entscheiden, einen zusätzlichen Auszubildenden einzustellen. Dieses Vorgehen ist sogar sehr wahrscheinlich, da sich die Höhe der Ausbildungsplatzumlage nach der Anzahl der nicht vermittelten Bewerber richtet und erst nach dem Stichtag festgelegt wird. Einziger Anreiz, bereits vor dem Stichtag einen zusätzlichen Auszubildenden einzustellen, ist die Heterogenität der Bewerber. Je eher das Unternehmen seine Auszubildenden rekrutiert, umso größer ist der Bewerberpool und damit die Chance, einen geeigneten Bewerber einstellen zu können. Insgesamt ist es wahrscheinlich, dass die Androhung einer Ausbildungsplatzumlage das primäre Angebot an Ausbildungsplätzen vor Erhebung der Ausbildungsplatzumlage nicht signifikant erhöhen wird.

Wie wirkt sich die Erhebung der Ausbildungsplatzumlage aus? Wiederum stellt sich die Frage nach der Höhe der Umlage. Ist die Nettobelastung für einen zusätzlichen Auszubildenden kleiner als der Betrag der Umlage, werden unzureichend ausbildende Betriebe eher ausbilden als die Umlage zu bezahlen. Da die Nettobelastung aber je nach Branche und Betriebsgröße heterogen ist, trifft dies nur für einen Teil der Betriebe zu. Bei einer pauschalen Erhebung der Umlage werden Betriebe mit einer geringen Nettobelastung je Auszubildenden mehr Auszubildende einstellen. Approximiert man die Nettobelastung eines Auszubildenden mit den vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) berechneten Nettokosten<sup>27</sup> je Auszubildenden, gehören dazu regional Betriebe in Ostdeutschland und branchenabhängig Handwerksbetriebe.<sup>28</sup> Für Unternehmen, deren Nettobelastung über der Ausbildungs-

<sup>27</sup> Das BIBB berechnet Nettokosten je Auszubildenden und Jahr als Differenz zwischen den Bruttokosten und den unmittelbaren Ausbildungserträgen. Nicht enthalten ist der nicht quantifizierbare Nutzen aus der Ausbildungstätigkeit wie z. B. Vermeidung von Ausfallkosten bei Fachkräftemangel oder längerfristige Leistungsunterschiede zwischen selbst ausgebildeten und externen Fachkräften.

<sup>28</sup> Vgl. WALDEN, G.; HERGET, H.: Nutzen der betrieblichen Ausbildung für Betriebe – erste Ergebnisse einer empirischen Erhebung Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis Heft 6/2002 und BEICHT, U.; WALDEN, G.: Wirtschaftlichere Durchführung der Berufsausbildung – Untersuchungsergebnisse zu den Ausbildungskosten der Betriebe. Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis Heft 6/2002.

platzumlage liegt, bedeutet die Abgabe einen zusätzlichen Kostenfaktor. Orientiert man sich bei der Feststellung einer unzureichenden Ausbildungstätigkeit wie geplant an dem Verhältnis der Auszubildenden zu den Beschäftigten eines Unternehmens, könnte die Erhebung der Abgabe bei den betroffenen Unternehmen tendenziell zu einer Reduktion der regulären Beschäftigung führen.

Bei Verteilung der Einnahmen aus dem Fonds ist es wahrscheinlich, dass Betriebe nur dann einen zusätzlichen Auszubildenden einstellen, wenn die Zuzahlung aus dem Ausbildungsfonds höher als die Nettobelastung eines Auszubildenden ist. Dies könnte eine Verzerrung der Ausbildungsaktivitäten hin zu wenig kostenintensiven Ausbildungsberufen zur Folge haben. Die Umlage könnte auch zu Mitnahmeeffekten führen. Würde ein Betrieb eigentlich über das als ausreichend definierte Maß hinaus ausbilden, bestünde nun ein Anreiz, die Zahl der Auszubildenden auf das als ausreichend angesehene Maß zu reduzieren. Der restliche Bedarf könnte dann nach Erhebung der Abgabe eingestellt und durch den Ausbildungsfonds mitfinanziert werden. Allerdings wäre in einer solchen Situation damit zu rechnen, dass der zu diesem Zeitpunkt noch bestehende Bewerberpool bereits stark eingeschränkt ist. Zudem bestünde die Gefahr, dass der Lehrstellenmarkt geräumt wird, die Abgabe nicht erhoben wird und der Betrieb nun über weniger als die optimale Zahl an Auszubildenden verfügt.

### ***Die Umsetzung einer Ausbildungsabgabe***

Welche Unternehmen werden auf eine ausreichende Ausbildungstätigkeit hin geprüft? Theoretisch dürften nur Betriebe mit Ausbildungsberechtigung herangezogen werden. Dies würde den Pool der potenziellen Einzahler in den Fonds erheblich einschränken, da von den 1,67 Mio. Betrieben in alten Bundesländern lediglich 50,8% und von den 467 000 Betrieben in den neuen Bundesländern nur 48,7% über eine Ausbildungsberechtigung verfügen.<sup>29</sup> Eine solche Regelung könnte zudem dazu führen, dass sich zukünftig weniger Betriebe um eine Ausbildungsberechtigung bemühen.

---

<sup>29</sup> Vgl. SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG: Jahresgutachten 2003/2004: Staatsfinanzen konsolidieren – Steuersystem reformieren: <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/>

Die Höhe der Ausbildungsplatzumlage: Nach Berechnungen des BIBB liegen die durchschnittlichen Bruttokosten bei 16 435 Euro je Auszubildenden und Jahr. Nach Abzug der Ausbildungserträge bleiben Nettokosten von 8 705 Euro. Im Ausbildungsjahr 2003/2004 lag die Anzahl der nicht vermittelten Bewerber bei etwa 21 000. Nimmt man an, dass die Anzahl fehlender Lehrstellen im nächsten Jahr genauso hoch ist, kalkuliert die vom BIBB berechneten Bruttokosten der Ausbildung und schlägt diese Summe auf die 525 519 ausbildungsberechtigten aber nicht ausbildenden Betriebe um, ergibt sich ein Beitrag von 656,75 Euro je Unternehmen und Jahr. Da dieser relativ gering ist, kann man davon ausgehen, dass die nicht ausbildenden Betriebe eher die Umlage zahlen als zusätzlich auszubilden. Vermutlich wird der Beitrag in der Praxis noch geringer ausfallen, denn auch die unzureichend ausbildenden Betriebe werden von der Umlage betroffen sein. Dadurch würde zudem die Berechnung der Umlage komplizierter werden, weil die derzeitige Ausbildungstätigkeit dieser Unternehmen berücksichtigt werden müsste.

### ***Fazit***

Die statistische Auswertung der Daten legt nahe, dass das unzureichende Angebot an Ausbildungsplätzen vornehmlich auf die strukturellen Probleme in den neuen Bundesländern und die verhaltene wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren zurückzuführen ist. Somit ist damit zu rechnen, dass das Angebot an Ausbildungsplätzen bei besseren Konjunkturaussichten wieder steigen wird. Bis zur Lösung der strukturellen Probleme auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt wird eine Sonderförderung der neuen Bundesländer in Form der außerbetrieblichen Ausbildung weiter beibehalten werden müssen.

Eine Ausbildungsplatzumlage würde falsche Anreize setzen. Neben dem mit der Erhebung der Umlage verbundenen Verwaltungsaufwand könnten Mitnahmeeffekte und die Bemühung der Unternehmen, eine Ausbildungsberechtigung zu umgehen zu den unerwünschten Folgen einer derartigen Umlage zählen.

*Bianca.Brandenburg@iwh-halle.de*